



AŞITÎ BARIŞ FRIEDEN

BULLETIN DER INTERNATIONALEN INITIATIVE "FREIHEIT FÜR ABDULLAH ÖCALAN – FRIEDEN IN KURDISTAN"

Nr. 14 • Juni / Juli 2003

Editorial

Ob das Völkerrecht nun verletzt wurde oder nicht - der Krieg im Irak hat die kurdische Frage zurück auf die internationale Tagesordnung gebracht. Die Debatte um künftige föderale Strukturen dort ist gerade für die Kurden wichtig. Renommierete Denkfabriken aber denken längst über dieses Schema hinaus. In ihren Überlegungen nimmt der Traum eines demokratischen Mittleren Ostens virtuell Gestalt an. Dabei bleibt offen, was das denn für eine Demokratie sein wird. Dies werden die Menschen in der Region am Ende selbst bestimmen müssen. Trotz aller Sandkastenspiele, die derzeit stattfinden, ist die geographische Lage der kurdischen Siedlungsgebiete im Mittleren Osten ausgesprochen interessant. Seit dem Vertrag von Lausanne 1923, in dem sie Teilung Kurdistans beschlossen wurde, hatte jede national Ambition der Kurden destabilisierende Wirkung auf die lokalen Regime der Region.

Die gegenwärtigen Versuche eines Umbaus des Mittleren Ostens lassen die Situation in einem anderen Licht erscheinen. Die demokratischen Ambitionen der Kurden in der Türkei und ihr erklärte Absicht, die kurdische Frage auf demokratische Weise innerhalb der bestehenden Grenzen der Türkei zu lösen, könnte durchaus einen stabilisierenden Effekt haben. Dies wird allerdings ein Traum bleiben, wenn es keine Lösung der kurdischen wie auch der palästinensisch-israelischen Frage gibt. Der Status Quo jedenfalls ist derzeit in Frage gestellt.

Ziel muss eine demokratische Region mit föderaler Struktur sein, die genügend Freiraum für die Entwicklung zivilgesellschaftlicher Strukturen bietet, um der Region ihren längst fälligen Impuls zu geben. Die benachbarten oligarchischen, theokratischen oder nepotistischen Regime sind Hindernisse auf diesem Weg. Der Aufbau OSZE-ähnlicher Strukturen könnte helfen, alle wichtigen Kräfte an einem solchen Projekt teilnehmen zu lassen.

Die Kurden in der Türkei haben deutlich gemacht, dass sie bereit sind sich daran zu beteiligen, was man auch an der Konsequenz erkennt, mit der sie ihre Friedenslinie verfolgen. Die Türkei kann hier die Augen nicht verschließen, wenn sie ihre Existenz und ihren Zusammenhalt auch für die Zukunft sichern will. Dann gibt es keine andere Möglichkeit, als die friedliche Verständigung mit ihren kurdischen Bürger. Allen Menschen in ihren Grenzen stehen die gleichen kulturellen und politischen Rechte zu.

Außerdem in dieser Ausgabe: eine Analyse des Irakgeschehens von Hans Branscheidt, ein Interview mit Ken Pollack, ehemaliger Analytiker der CIA, sowie ein Artikel von Andreas Buro zum inneren Frieden der Türkei.

Köln, im Mai 2003, die Redaktion

Erstunterzeichnende der Internationalen Initiative Freiheit für Abdullah Öcalan - Frieden in Kurdistan:

Mairead Maguire (Nobelpreisträger, Nordirland), **Dario Fo** (Regisseur Autor, Schauspieler, Literaturnobelpreisträger, Italien), **Adolfo Perez Esquivel** (Literaturnobelpreisträger, Argentinien), **José Ramos-Horta** (Friedensnobelpreisträger, Ost-Timor), **José Saramago** (Literaturnobelpreisträger, Portugal), **Danielle Mitterrand** (Stiftung France Liberté, Frankreich), **Ramsey Clark** (Rechtsanwalt, ehem. Justizminister, USA), **Uri Avnery** (ehemaliger Knessetabgeordneter, Gush Shalom - Friedensblock - Israel), **Prof. Dr. Noam Chomsky** (Linguist, Publizist, Massachusetts Institute of Technology, USA), **Alain Lipietz** (Mitglied des Europaparlaments), **Pedro Marset Carpos** (Mitglied des Europaparlaments), **Lord Eric Avebury** (House of Lords, Großbritannien), **Harry Cohen** (Parlamentsabgeordneter, Labour-Partei, Großbritannien), **Cynog Dafis** (Parlamentsabgeordneter, Plaid Cymru - Wallisische Partei-, Großbritannien), **Lord Raymond Hylton** (House of Lords, Großbritannien), **Lord John Nicholas Rea** (Vorsitzender der parlamentarischen Menschenrechtsgruppe, House of Lords, Großbritannien), **Walid Jumblat** (Vorsitzender der Sozialistischen Fortschrittspartei, Libanon), **Rudi Vis** (Parlamentsabgeordneter, Labour-Partei, Großbritannien), **Paul Flynn** (Parlamentsabgeordneter, Labour-Partei, Großbritannien), **Máiréad Keane** (Vorsitzender der Abteilung für Internationale Beziehungen, Sinn Féin, Nordirland), **Domenico Gallo** (Jurist, ehem. Senator -CI-, Mitglied der Magistratura Democratica, Italien), **Livio Pepino** (Jurist, Vorsitzender der Magistratura Democratica, Italien), **Xabier Arzalluz** (Präsident der PNV / Nationalistische Baskische Partei), **Tony Benn** (Parlamentsmitglied, Labour-Partei, Großbritannien), **Giovanni Palombarini** (Jurist, ehem. Vorsitzender der Magistratura Democratica, Italien), **Heidi Ambrosch** (Stellv. Vorsitzende der Kommunistischen Partei Österreichs)

Fortsetzung letzte Seite

Inhalt:**Seite 2****Versöhnungspolitik vonnöten**

Nach wie vor geht in Ankara die Furcht vor Separatismus um. Jetzt muß endlich der innergesellschaftliche Dialog gewagt werden.

von Andreas Buro

Seite 5**Ein neues Fenster zur Welt**

Ein Plädoyer für die Vereinigten Staaten des Nahen Ostens.

Ein Kulturraum für alle Kulturen der mesopotamischen und arabischen wie persischen Geschichte und Tradition. Auf der Basis einer allgemeinen Partizipation an den Ressourcen, der solidarischen Nutzung von Wasser und Öl.

von Hans Branscheidt

Seite 9**Selbstbestimmung und Demokratie**

Jede Form der Herrschaft, unabhängig von wem sie ausgeübt wird, Sunniten, Kurden oder schiitische Araber, darf keine Möglichkeit bieten, irgendeine der anderen Gruppen im Lande zu unterdrücken.

Interview mit Kenneth Pollack

von Cemal Ucar

Impressum

Herausgeber: Internationale Initiative "Freiheit für Abdullah Öcalan - Frieden in Kurdistan"

50445 Köln, Postfach 10 05 11

Druck: Eigendruck,

Auflage: 2.500

Redaktion: Klaus Becher, K. Happel,

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wiedergeben.

Spenden sind ausgesprochen willkommen.

Stadtparkasse Köln, BLZ: 37 05 01 98

Kto: 46 79 32 87, Stichwort: Asiti

Türkei: Versöhnungspolitik vonnöten

Der innergesellschaftliche Dialog muß gewagt werden

von Andreas Buro

Für die Türkei ist es ein großer Vorteil, dass sie nicht in den Irak-Krieg einbezogen wurde. Dies ist den Abgeordneten der großen Nationalversammlung zu verdanken, die der Stationierung von US-Truppen für den Angriff auf den Irak auf türkischen Boden die dafür erforderliche Zustimmung verweigerten.

Das ist keine Katastrophe für die türkische Außenpolitik, wie manche befürchten. Sie übernehmen schlicht die Sichtweise der türkischen Falken, die selbstverständlich gern mit ihren Truppen im Nordirak und besonders gern in Mossul und Kirkuk stehen würden.

Dadurch wäre das Gewicht des türkischen Militärs im Lande weiter gestiegen. Sie hätten sich als Retter der Turkmenen dargestellt und unter patriotischen Parolen die Restbestände der PKK-Guerilla, die keine Bedrohung für die Türkei darstellen, bekämpft.

Das hätte die Reformansätze in der Türkei weit zurück geworfen und eine notwendige Versöhnungspolitik gegenüber der kurdischen Bevölkerung vollends blockiert.

Nach wie vor geht in Ankara die Furcht vor Separatismus um. Diese Furcht wird wohl erhalten bleiben, so lange die Türkei ihre Grundhaltung gegenüber den Kurden nicht verändert und deren kulturelle, soziale und politischen Rechte nicht wirklich akzeptiert.

Erst wenn die Kurden sich angenommen und respektiert fühlen, braucht niemand mehr Separatismus zu befürch-

ten. Betrachtet man ein am 16. Januar 2002 von Hürriyet veröffentlichtes Memorandum des Militärs, so springt die zentrale Befürchtung der politischen Klasse der Türkei ins Auge. Den Kurden ginge es nach wie vor um die Gründung eines eigenen Nationalstaates.

Dies ist übrigens nicht eine Befürchtung aus der gegenwärtigen Situation, sondern das Kernproblem des türkisch-kurdischen Konflikts von jeher und die wichtigste Ursache für die rigide Haltung Ankaras, die sich in der Geschichte des Staates immer wieder in massiver Unterdrückung entlud.

Selbstverständlich ist diese Befürchtung längst mit einer türkisch-rassistischen-nationalistischen Ideologie umrankt, die den Kern der Ursachen für Unterdrückung der Kurden verdecken soll.

Sie hatte durchaus einen realen Hintergrund, nachdem das ursprüngliche Versprechen Kemal Atatürks, die Kurden als gleichberechtigtes Brudervolk in die Nationalstaatsbildung einzubeziehen, gebrochen wurde.

Die Kurden waren nun keine Brüder mehr, womit von Ankara selbst die ‚nationale Frage‘ für die kurdische Bevölkerung auf die Tagesordnung gesetzt wurde.

Nachdem sich nun aber die PKK vom militärischen Befreiungskampf abgewendet hat, ist eine neue Situation entstanden. Trotzdem stellt sich für die PKK-Nachfolgeorganisation KADEK die Frage, ob sie durch eine friedlich und

demokratische Politik, die sich ausdrücklich für eine Lösung im Rahmen der Türkei ausspricht, solche Befürchtungen entkräften kann.

Dies wird nicht in einem einmaligen Akt möglich sein. Doch könnte es, gerade auch in Zusammenwirken mit den Reformforderungen der EU, in einer Strategie der Vertrauensbildung mit vielen Elementen schrittweise gelingen. Es muß sich um eine wechselseitige Strategie der Annäherung handeln.

Nachdem die PKK einseitig auf den bewaffneten Kampf verzichtet hat, ist Ankara am Zuge und sollte Vertrauen bildende Zugeständnisse machen.

Ich frage mich, ob die jüngste Ankündigung eines neuen ‚Reue-Gesetzes‘ - so der offizielle Name von Amnestie-Gesetzen in der Türkei - als ein solcher Einstieg in eine Politik zur dauerhaften Überwindung des türkisch-kurdischen Konflikts konzipiert ist.

Für Ankara könnte es sogar hilfreich sein, wenn im Irak eine föderale Lösung bei der Neuordnung des Staates eingeführt würde.

Dies bedeutete schließlich, dass die Kurden dort nicht mehr an einen gesamt-kurdischen Staat denken, sondern mit einer Lösung zufrieden wären, die ihnen ihre Rechte sichert und so keinen Grund mehr für separatistische Ambitionen bietet.

Der Nordirak könnte so durchaus zu einem positiven Beispiel werden, um den alten türkisch-kurdischen, iranisch-kurdischen und syrisch-kurdischen Konflikt zu beenden. Für die Türkei wäre dies auch ein wesentlicher Beitrag, um die Tore der EU für einen Beitritt zu öffnen.

Versöhnungspolitik von beiden Seiten ist deshalb das Gebot der Stunde und liegt eindeutig im Interesse der gesamten Gesellschaft der Türkei mit ihren ver-

schiedenen ethnischen Gruppierungen, sowie religiösen und kulturellen Traditionen. Jegliche Drohung mit Gewalt ist kontraproduktiv. Der Dialog-Kreis: "Die Zeit ist reif für eine politische Lösung im Konflikt zwischen Türken und Kurden" hatte im Dezember 2002 die Möglichkeit dem jetzigen neuen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan in Ankara ein Memorandum ‚Menschenrechte und Versöhnungspolitik in der Türkei‘ zu übergeben. Die Kernthese des Memorandums lautete:

"Die Verwirklichung der Menschenrechte ist in allen Staaten und Gesellschaften ein schwieriger Prozess. Sie wird in multi-ethnischen Gesellschaften häufig durch Vorherrschaftsansprüche von Ethnien über andere behindert. Versuche der Zwangsassimilierung und Benachteiligung von nicht dominanten Völkern führen zu einem Teufelskreis aus Repression und Rebellion. Wachsende Verfeindung, Eskalation der Gewaltanwendung in den Konflikten und gleichzeitig die Unterhöhlung des gesellschaftlichen Friedens und des friedlichen und rechtlich geregelten Konfliktaustrages sind die Folge.

Die gesellschaftliche Produktion und die Entwicklung der Infrastruktur werden gemindert, während die Kosten für die Repression steigen. Eine solche Behinderung von Entwicklung ist mit schweren Verletzungen der Menschenrechte meist in der ganzen Gesellschaft verbunden.

Ein Ausweg aus diesem Teufelskreis ist durch eine Wende hin zu einer Versöhnungspolitik möglich. Durch sie können die nicht-dominanten Völker des Staates besser integriert werden, da sie sich nun als gleichberechtigt und respektiert angenommen fühlen.

Separatistische Bestrebungen, die durch die Repression gestärkt wurden, können

überwunden werden. Die Entfaltung der Menschenrechte erweist sich dann als ein wichtiges Moment der gesellschaftlichen Entwicklung und der Überwindung von Stagnation.

In der Türkei besteht im türkisch-kurdischen Konflikt eine solche Situation, die seit der Gründung des Nationalstaates die Entwicklung belastet hat.

Wir halten eine Hinwendung zu einer Politik der Versöhnung über die Verwirklichung der Menschenrechte für dringend geboten und für möglich."

In dem Memorandum werden auch die politischen Bedingungen für eine Politik der Versöhnung angesprochen. Dabei heißt es:

"Die Regierung übernimmt eine bedrückende Wirtschafts- und Finanzsituation. Wäre es da nicht sehr hilfreich über Versöhnungspolitik die Aufbaubereitschaft und wirtschaftliche Kraft der kurdischen Bevölkerung - und sei es zum Teil auch nur in der traditionellen Land- und Weidewirtschaft - zu fördern und die enormen Kosten für die Repressionsapparate zugunsten des Aufbaus von entwicklungssträchtigen Infrastrukturen im Osten- und Südosten einzusparen? Eine solche Politik dürfte unseres Erachtens auch auf eine entwicklungspolitische Förderung aus den EU-Staaten rechnen. Sie haben ein Interesse an stabilen und rechtlich zuverlässigen Verhältnissen."

Der Grundgedanke einer Politik der Versöhnung besteht darin, einen innergesellschaftlichen Dialog zu wagen, der die Anliegen der Ethnien aufnimmt und nach annehmbaren Lösungen sucht. Trotz notwendiger Kompromisse soll eine "win-win-Situation" für alle Seiten erreicht werden, das heißt, alle ziehen letztlich Nutzen aus dem Bemühen um gegenseitiges Verstehen.

Sie fassen wieder Vertrauen zueinander

und legen dadurch die Grundlage für eine künftige Kooperation in gegenseitigem Respekt. Gegenseitiger Respekt meint auch, dass die Menschenrechte gegenseitig respektiert werden und somit auf Gewalt beim Austragen von Konflikten verzichtet wird.

Die im Folgenden genannten Elemente einer Politik der Versöhnung können nicht vollständig sein und müssen weiter differenziert werden.

1. Den Wunsch nach Versöhnung und gegenseitiger Anerkennung offen aussprechen, sowie einen innergesellschaftlichen Dialog im Rahmen des türkischen Staates anregen.
2. Um dem Wunsch nach Versöhnung Glaubwürdigkeit zu verleihen, sollte eine Amnestie für alle aus politischen Gründen Verurteilte und für alle, die an den Kämpfen teilgenommen haben, erlassen werden.
3. In diesem innergesellschaftlichen Dialog ist auch darüber zu sprechen, in welcher Weise die multi-ethnische und die multi-religiöse Dimension der Gesellschaft in der Türkei in der türkischen Verfassung zum Ausdruck gebracht werden sollte, sowie die Religionsausübung im Alltag für Minderheiten und Mehrheiten. Unabdingbar ist auch die Sicherung von Meinungsfreiheit, da sie die Voraussetzung für den Dialog und die Herstellung von Vertrauen ist
4. Eine Politik der Versöhnung kann nicht darauf verzichten, kulturelle Gleichberechtigung anzustreben. Die gegenwärtigen Beschränkungen der kurdischen Kultur sind zerstörerisch für jede vertrauensvolle Kooperation.
5. Die Flüchtlinge aus den kurdischen

Siedlungsgebieten, die während der vergangenen Kämpfe ihre Heimat verlassen mußten, müssen zurückkehren dürfen, und zwar nicht in Zentraldörfer, die ihren Traditionen fremd sind und von ihnen als ‚beaufsichtigte Ansiedlungen‘ verstanden werden. Da die meisten der Flüchtlinge viele materiellen Verluste erlitten haben, ist eine solidarische Hilfe für ihre Rückkehr dringend geboten.

6. Die Aufhebung des Ausnahmezustandes in den östlichen und südöstlichen Provinzen ist bereits ein wichtiger Schritt, der die Tür zur Versöhnung öffnen kann.

Voraussetzung hierfür ist allerdings auch, dass die in diesen Provinzen gewählten Organe und Verwaltungen tatsächlich auf der für die ganze Türkei geltenden rechtlichen Basis agieren können und nicht eingeschüchtert oder gar Repression ausgesetzt werden. Der Ausnahmezustand muß also nicht nur formal sondern auch de facto beendet werden.

7. Die Entwicklung im Osten und Südosten der Türkei ist bislang zugunsten der Investitionen und Infrastruktur im Norden und Westen sehr vernachlässigt worden, obwohl diese Region mit ihren großen Siedlungsgebieten der Kurden einen erheblichen Beitrag zur gesamtwirtschaftlichen Leistung der Türkei beiträgt.

Um den Menschen in diesen Gebieten das Gefühl zu vermitteln, dass sie "dazu gehören" und ihr Schicksal der Türkei wichtig ist, ist eine große Anstrengung des Aufbaus, nach Möglichkeit international unterstützt, vonnöten.

Es wäre sehr zu begrüßen, wenn von allen Seiten der Gedanke einer Politik der Versöhnung aufgegriffen würde.

Türken und Kurden können nur gewinnen, wenn sie den Jahrzehnte dauernden Konflikt beenden und sich zu einer Kooperation entschließen, um gemeinsam der schwierigen wirtschaftlichen und sozialen Lage der Türkei in der Gegenwart Herr zu werden.

Eine sinkende militärstrategische Bedeutung der Türkei für die USA, die vermutliche Stützpunkte im eroberten Irak ausbauen dürfte, wäre nur von Vorteil.

Dann könnte die eigene gesellschaftliche Entwicklung vielmehr in den Vordergrund rücken.

ANDREAS BURO, 74, ist emeritierter Professor für Internationale Politik an der Universität Frankfurt/Main. 1960 organisierte er den ersten deutschen Ostermarsch mit.

Heute ist er friedenspolitischer Sprecher des Komitees für Grundrechte und Demokratie und Koordinator des Dialogkreises "Krieg in der Türkei - Die Zeit ist reif für eine politische Lösung"

Schwerpunkt: Zivile Konfliktbearbeitung und Alternativen zu Krieg und Gewalt; US-Politik nach dem 11. September, Irak, Ideologie des "gerechten Krieges".

e-mail: andreas.buro@gmx.de

Ein Plädoyer für die Vereinigten Staaten des Nahen Ostens

Ein neues Fenster zur Welt

von Hans Branscheidt

Der Irak-Krieg ist zu Ende:

Einer von mindestens 200 Kriegen, die auf der Welt nach 1945 stattfanden, ist einmal mehr im Irak geführt worden. Nicht als Ausnahme, sondern als Regel: nur ganze zwei Ereignisse in diesem andauernden Kriegsgeschehen waren völkerrechtlich legitimiert. Kein Sicherheitsrat hat sich mit diesen Kriegen sonderlich beschäftigt, geschweige denn ein Veto eingesetzt oder ihre Beendigung erreicht. Kein Mitglied der "Friedensachse Moskau-Paris-Berlin" hat je auf das Kriegführen verzichtet, wenn die eigenen Interessen dafür sprachen: Putin nicht in Tschetschenien, Schröder nicht im Kosovo, Chirac nicht in Afrika oder seinerzeit im Irak. Das Völkerrecht gilt nicht.

Von außen erwirkte Regimewechsel sind in der jüngeren Geschichte "normal". Die Diktatoren bezeichnen sie oft als "fremde Einmischung", Unterdrückte fordern sie oft, mit oder ohne UN-Mandat. Im aktuellen Irak stützen sich die USA auf ihre Macht, der das Recht fehlt, die Europäer im Gegenzug auf das Recht, dem die Macht abgeht. Europäer tun plötzlich gerne so, als hätte der Frieden dieser Welt seit langem stabil und sicher in den Händen Kofi Annans gelegen. Die Mitgliederversammlung der Vereinten Nationen, die eine globale Legitimation beansprucht, erweist sich -

legt man die Meßlatte der Menschenrechte an - mehrheitlich als die Generalversammlung der Folterer, Unterdrücker und Diktaturen. Wer also schreibt das Recht? Die Staaten! - Denn es gibt bis heute keinen anderen "Gesetzgeber". Aber doch wohl nicht die Saddams, die Kim Jong IIs, die Assads, die Ghadafis oder die Chameneis, sondern die üblichen "Verdächtigen", die beanspruchen, neben ihren Interessen auch Verantwortung tragen zu wollen. Wo findet man diese? Wo sind diese lokalisiert? In jenem reichen Teil der Welt, den man den "Westen" nennt, obwohl ein immer größerer Teil des Ostens dazu wächst. Was immer an diesem Westen falsch oder mangelhaft ist, er vertritt nicht mehr das bloß Völkische, Ethnische oder Religiöse, sondern er basiert auf dem Gedanken individuellen Rechtssicherheit, des Rechtsstaats, der wiederum ohne Macht nicht denkbar ist. Weshalb aber verrät dann ausgerechnet ein Teil dieses Westens das klassische Völkerrecht, wenn es doch Unrecht und auch falsch und gefährlich ist, diese Tradition zu verwerfen? Weil neue historische Tatbestände aufgetreten sind, die nicht das Recht widerlegen, aber dazu führen, daß es sich ändern muß. Gerade die Mitglieder sozialer Bewegungen nicht nur des Westens, Feministinnen, Anti-Globalisierer, Universalisten der Menschenrechte, die im Falle des Irak strikt auf die Respek-

tierung des alten Völkerrechts drangen, haben dies gedanklich in ihren Forderungen längst überwunden. Menschenrecht soll durchgesetzt werden auch und gerade gegen das völkerrechtliche Prinzip der nationalen Souveränität, der Nichteinmischung von außen. Aber wie mit Despoten verfahren, die nach Atomwaffen und Massenvernichtungsmitteln greifen? Muß ihr Opfer erst den ersten Schlag abwarten, der final sein kann? Oder dürfen die potentiell Bedrohten Prävention ausüben? Die neue Gewalt des 21. Jahrhunderts - ob sie von Staaten mit unkonventionellen oder Nicht-Staaten mit konventionellen ausgeht, ob von Bürger- oder Religionskriegen - läßt sich mit dem klassischen Völkerrecht nicht mehr fassen. Wenn der Krieg mit der Nummer 201 im Irak, den die USA zweifellos völkerrechtswidrig führten, nun beendet ist, heißt dies nur, daß der Kampf jetzt erst recht beginnt. Man sollte sich nicht täuschen: die US-Regierung sitzt zwar nicht über einer Weltkarte um täglich zu überlegen, wo man einen Krieg eröffnen könnte - aber die USA sind noch nicht fertig. Sie werden nicht länger einem System folgen, wonach Diktatoren innerhalb der Grenze ihres Landes tun und lassen dürfen, was sie wollen. In den Augen der USA bedeutet die europäische Forderung nach nationaler Souveränität nur, daß Hitler vollkommen akzeptabel gewesen wäre,

wenn er nur nicht die Juden ermordet hätte. Die Gesellschaften des "alten" Europa erinnern die US-Administration an die arabische Straße. Die Europäer halten sich lieber an tröstliche Illusionen als an harte Realitäten. Sie reden viel, tun wenig, und machen die USA für ihre eigenen Mißstände verantwortlich. Die früheren geostrategischen Hauptlinien, die sich im Kalten Krieg vom Nordkap zum Kaukasus und durch den Pazifik von Japan bis Indonesien zogen, verlaufen heute von Südosteuropa bis Katar im Westen und von Zentralasien bis Indien, mit dem die USA enge Beziehungen knüpfen. Im Vordergrund steht die Kontrolle Syriens, des Iran und Pakistans, die Beeinflussung aller islamischen Regierungen (Saudi Arabien) im Sinne der Terrorbekämpfung und der Beseitigung von Massenvernichtungswaffen. Ob die europäischen Verbündeten sich durchringen können, auch der präventiven militärischen Bekämpfung der neuen Weltgefahr zu folgen, steht dahin. Völkerrechtliche Bedenken (die Frankreich und Russlands stets ignorierten) werden allerdings weichen. Schon immer folgte das Völkerrecht begründeter Wirklichkeit, wie das maßgebliche Beispiel zum Ende des 30jährigen Krieges 1648 es beweist. Für die globale Demokratie wird hierbei entscheidend sein, sich auf das aus der bürgerliche Revolution Europas stammende Motiv der "Volkssouveränität" zu besinnen, nicht auf "Staatlichkeit" und "Nation", die das gesellschaftliche Subjekt in das Korsett nationalistischer Zwangssolidarität sperrten.

Die politikvergessene Friedensbewegung hat im Irak-Krieg nur einen Termin gesehen, den Tag der "rechtswidrigen Kriegseröffnung", den sie als bloßes Ereignisdatum verhindern wollte. Den konstitutiven Konflikt selber, die ihm zugrunde liegenden Ursachen - sieht

man von dem dürftig monokausalen Hinweis auf "ÖL" ab - hat sie nie erkennen wollen. Es geht ihr so, wie der deutsche Schriftsteller Uwe Johnson es einmal formuliert hat: "Der Mittelstand will immer nur, daß der Krieg nicht sichtbar wird, nicht, daß er nicht ist." Er herrscht aber andauernd und ohne Ende. Frieden hat es nie gegeben. Die abstrakte Alternative Frieden oder Krieg hat für Unterdrückte noch nie gegolten.

Es nimmt wunder, daß die große internationale Betroffenheit über das irakische Kriegsgeschehen, daß stets so auffällig abwesend war, wenn es den Kurden oder den Schiiten an den Kragen ging, so konsequent jede Auseinandersetzung mit dem vermieden hat, was für diesen militärischen Eingriff von außen grundlegend bedeutsam ist: ein sozialer Basiskonflikt in den nahöstlichen Staaten und der Mangel an den geringsten demokratischen Voraussetzungen der Moderne. UNDP konstatiert in seinen neuesten Human Development Reports über die nahöstliche Region einen seit Jahren anhaltenden kontinuierlichen Abstieg in allen zentralen Bereichen wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung, während zugleich (mit der Ausnahme des Jemen und des Sudan) in den vergangenen 30 Jahren keinerlei Wandel der Regierungsformen oder auch nur der Regierenden stattgefunden hat.

Trotz sogar des Reichtums an natürlichen Ressourcen in den Golfkooperationsstaaten oder im Mashreq ist die Region in allen Aspekten unterentwickelt und offenbar in ihrer momentane Verfassung reformunfähig. In 22 arabischen oder muslimischen Ländern, so UNDP, liegt die Rate des Entwicklungsfortschritts vergleichbar mit dem der Länder der Sahelzone. Am katastrophalsten ist die Lage der Frauen. Die Rentier-

Staaten der Ölländer, die klerikal oder autokratisch regierten Gebilde des Nahen Ostens befinden sich in der Situation einer beispiellosen sozioökonomischen und auch kulturellen Statik. Keine emanzipatorische Reform-Dynamik in Sicht, die für die Möglichkeit der Reformierung des Hauses Saud sprechen könnte, bestenfalls ein manufaktuelles Niveau ergibt sich bei der Betrachtung der Produktionsverhältnisse in Syrien, Autokratie und Nepotismus und Unterdrückung in Ägypten, Rückstand und klerikale Pression im Iran - in der Türkei ein Parteiensystem und ein autoritativer Nationaler Sicherheitsrat, der bis jetzt nicht im Traum daran denkt, die notwendigen innergesellschaftlichen Reformen in Gang zu setzen. Dazu kam das Ba'th Regime des Irak, das seit 30 Jahren nachhaltig bewiesen hat, noch jede demokratische Initiative notfalls auch mit Giftgas aus der Welt zu schaffen.

Die feststellbare Bewegungslosigkeit dieser Verhältnisse, die starre Ablehnung der Moderne, bedeutet - mit oder ohne Krieg - die Gefahr einer Kollabierung mit weitreichenden Folgen an zentralem Ort dieser Welt. Europäer wie Amerikaner hatten zuvor diese "Tankstelle Nah Ost" eingerichtet, und die dazugehörigen Regimes etabliert und gestützt. Keiner hat da eine Ausnahme gemacht. Der Dissens innerhalb der Eliten des Westens (und Ostens), um den es nun seit neuestem geht, resultiert aus der konkurrent gestellten Frage, wie mit dem Problem umzugehen ist, das nicht länger mehr übersehen und gelegnet werden kann. Vor allem zwei unterschiedlichen Handlungskonzepte sind geläufig: "Containment", schlug die deutsch-französisch dominierte Position vor, "Intervention" plus Demokratiebildung und Education unter Beteiligung oppositioneller Kräfte der betroffenen Länder die amerikani-

sche. Während die USA seit etwa 1991 für die Ächtung aller diplomatischen und wirtschaftlichen Initiativen des Saddam Regimes sich aussprach, mochten Franzosen, Deutsche und Russen nicht nur mit dem irakischen Regime unverändert weiter korrespondieren. Sie waren es zusammen mit Russland, die Ende der 90er Jahre die Rückkehr der Inspektoren in den Irak verhinderten. Den Europäern erschien gerade der status quo in den nahöstlichen Ländern durchaus attraktiv.

Die Märkte, die sich ihnen hier boten und die Ressourcen, sprachen aus ihrer Sicht dafür, die Sache mit der Forcierung der Demokratie und Umgestaltung ohne sonderliche Eile zu betreiben. Wenn überhaupt. Aus ihrer Sicht waren Regimes wie das irakische im Grunde von der gerade erwünschten "Zuverlässigkeit": es gab Vielvölkerstaaten, ohne homogenes Staatsvolk, um dessen künstliche Herstellung unter Druck sich ein Saddam Hussein unentwegt auf der Basis der Zwangsarabisierung einsetzte, der aber gerade deshalb als Garant dafür erschien, daß alle Pluralität bequem unter Kontrolle gehalten wurde.

Die insgesamt deutschen Nah Ost Politik, seit Jahren ebenfalls statisch, läßt sich in einem einzigen Satz ausführen: Man macht gute Geschäfte im Nahen Osten, wo es Regimes gibt, die von sich aus den diktatoralen Daumen auf die Menschen drücken. Die ständige Äußerung des deutschen Außenminister Joseph Fischer, man solle sich aus dem Irak heraushalten, weil sonst alles auseinander fliege, bestätigt das. Saddam Hussein bedeutete aus dieser Sicht größtmögliche Stabilität: als Instabilität wurde im deutschen Außenministerium zugleich jeder Versuch angesehen, den unterdrückten und genozidal bekämpften Formationen des Irak, - seien sie eth-

nischer, religiöser oder politischer Provenienz -, die Gewährung eigener Rechte und Freiheiten in zukünftig föderalen und demokratisierten Gesellschaften zu erlauben. Gerade die Favorisierung dieser Handlungsoption erlaubte es den Europäern auch, die Rolle der "Freunde der Araber" und des Nahen Ostens einzunehmen, die unter Maßgabe des "containment" die massive Förderung der auf die Märkte der Region gerichtete Politik ihrer Wirtschaftsverbände strategisch ausspielte gegen die auf eine Umwälzung der dortigen Verhältnisse bedachten Vereinigten Staaten. Diesen wurde die unattraktive Rolle des Weltpolizisten gern gestattet, während die Europäer so taten, als könnten und würden sie alle Probleme mit Entwicklungshilfe und Dialog lösen.

Erst die neokonservativen Vorstellungen innerhalb einer Fraktion der Republikanischen Partei der USA, - im Bruch mit ihren eigenen früheren außenpolitischen Traditionen, - mochten dieser für sie ungünstigen Rollenverteilung nicht länger tatenlos mehr zusehen: gerade weil die Europäer die günstigen Wirtschaftsverträge abschlossen, während die USA als dauerhafte Schurken vom Dienst identifiziert wurden, wurden den Neokonservativen unter diesen Umständen ihre traditionellen (NATO) Koalitionäre plötzlich egal. Der pragmatische Satz Cheneys, daß ab sofort "die Aufgabe die Koalition bestimmt", nicht umgekehrt, führte schon im Vorfeld des Krieges zur Aufhebung der bisherigen Bedingungen und Gültigkeiten internationaler Absprachen und Sicherheitsverabredungen.

Wenn wir schon allein handeln müssen, auf eigenes Risiko und womöglich auch Kosten, dann auch nur zu unseren Bedingungen. Condoleeza Rice hat daher in den ersten Tagen der Niederla-

ge des Saddam Regimes diese Anschauung zur Maxime für die Rekonstruktion des Irak erhoben.

Die Europäer jedenfalls wollten nicht nur nicht entschieden im Nahen Osten handeln, sondern sie hatten tatsächlich auch kein einziges Konzept, nicht einen glaubhaften Entwurf zur Hand, der realistisch mit den Problemen der Region korrespondiert hätte. Jene gerade auch von kurdischer Seite so oft und hartnäckig gestellte Frage, warum Europa nicht handelt, weshalb speziell die deutsche Türkei- und Nah Ost Politik in passiver Sterilität verharret, wird an dieser Stelle plausibel: Die europäischen Eliten wollten gerade den status quo, und gerade deshalb keinerlei Veränderung, die der Definition ihrer Interessen nicht entsprochen hätte.

Am Ende nun des Irak-Krieges beginnt der Kampf erneut. Nicht die militärische Planung und Durchführung des Ereignisses der Intervention war entscheidend, sondern was bereits im Vorfeld geschah und was demnächst erst recht geschehen wird.

Die Türkei ist nicht in den Irak einmarschiert. Aber wenn sie es jetzt noch einmal tun sollte, muß sie mit amerikanischem Widerstand rechnen - und mit dem der Kurden und der neuen Kräfte des Irak. Tatsächlich haben sich die amerikanisch-türkischen Beziehungen deutlich verschlechtert.

Das aber bedeutet die große Chance für die Kurden und weitere Gruppen der irakischen Gesellschaft. Mit den dringend benötigten Krediten der USA und des Westens kann Ankara nicht rechnen. Der Zugang zur Vollmitgliedschaft der EU ist - trotz Berlusconi's neuesten Äußerungen - in weitere Ferne gerückt. Ein neuer Irak, dem die internationale Anerken-

nung sicher ist, wird sich unter Hinweis auf seine Souveränität und neue Autorität jede militärische Einmischung der Türkei verbieten.

Theoretisch ist die Regierung Erdogan am Ende. Schlimmer noch für sie: Das bisherige so gedachte westliche Projekt von der Türkei als erstem modernen System im muslimischen Bereich könnte von den USA auf den Irak übertragen werden.

Auch die israelische Regierung, die nie so ganz überzeugt war von der strategischen Verbindung mit Ankara, könnte ihrerseits ihre Energie auf den für sie wichtigen Irak fixieren.

Im Prozeß des Durchbruchs der Moderne erstmals in einem "arabischen" Land Irak, das nun ein multiethnisches würde, und das ein reiches wäre. Mossul und Kirkuk (hier regiert jetzt ein von allen Bürgern gewählter kurdischer Bürgermeister), was immer geschieht, sind ohne kurdischen Anspruch nicht mehr zu denken. Eine ungeahnt günstige historische Situation für die Kurden.

Illusionärer Optimismus? Nein, sondern kühle realpolitische Berechnung. Die andauernd skeptische Frage, ob die USA die Demokratie wirklich wollen, und ob sie ihnen tatsächlich auch gelingt, ist falsch gestellt: die Vereinigten Staaten befinden sich ab sofort in schwieriger Lage und unter einem erheblichen Erfolgsdruck. Ihnen muß ein akzeptables Modell gelingen, weil nur das beispielhaft für die Menschen der Anrainerländer ist.

Nur eine halbwegs gefestigte und entwickelte Demokratie kann Stabilität erbringen.

Nur ein US gestifteter gelungener demokratischer Irak verschafft den Amerikanern jene Legitimation für das eigene Handeln, dessen die Vereinigten Staaten auf ihrem weiten strukturpolitischen Feldzug unbedingt bedürfen.

Der Hegemon kann und will nicht dauerhafte militärische Besatzungsmacht sein, auf dessen Schultern die ganze Verantwortung ruht, sondern er wird diese delegieren müssen.

Eine langjährige Militärdiktatur - mit oder ohne General Franks - kann das alles nicht bieten. Ab sofort sind die USA darauf verwiesen, um die Zustimmung und Partizipation der regionalen Akteure zu werben: sie sind auf diese angewiesen.

Die aktuellen Zusicherungen von General Franks, die US Truppen im Irak bis zum Herbst auf die (geringe) Zahl von 30 000 zu reduzieren, bis Juni eine neue irakische Übergangsregierung vorzustellen, sind Zeichen einer eben nicht an langfristige Besatzung orientierten US-Regierung.

Die Briten haben im Mai 2003 die Ölfelder des Südens wieder an irakische Kräfte übergeben, im Umm Kasr existiert bereits eine rein irakische Verwaltung. Tendenziell wird sich auch die US-Zivilverwaltung vom Irak lösen; für die nahe und zeitlich limitierte Zukunft wird eine internationale Beteiligung an der Verwaltung des Irak angestrebt.

Wenn aber alle Fraktionen der amerikanischen Administration sich dazu verpflichtet sehen, ein föderatives Demokratiemodell im Mashreq einzurichten, das regionale Ausstrahlung und Bedeutung hat, geht das nicht ohne die weitreichende Einbeziehung der Kurden in allen ihren "Gaststaaten".

Hier könnte sich positiv ein Kreis schließen, der zum wichtigsten Ergebnis der aktuellen Intervention gerät und zu einem Fenster der Moderne für die klassischen Vielvölkerstaaten von Ankara bis Palästina wird: Im Einklang mit den zukunftsbezogenen Vorstellungen der Kurden, die Probleme der Region genau auf diese Art und Weise zu lösen.

Um jenseits von ausschließlich ethni-

scher, religiöser, klassenmäßiger oder kultureller Fixierung einen weiten, offenen Lebensraum zu gewähren, der am Ende aus einem übergreifenden System von Föderationen bestehen könnte, an dem alle Beteiligten ihre je eigenen Merkmale und Eigenschaften frei und ungehindert leben können, wobei die staatsbürgerlich garantierten Verfassungsrechte von Freien und Gleichen an erster Stelle stehen.

In einem schließlich ebenfalls erweiterten nächstlichen großen größerer Wirtschaftsraum, der Prosperität, Handel und Wirtschaften ermöglicht, anstelle der bisherigen Kleinstaaterei und ihrer handelspolitischen Beschränkungen im vergangenen Rahmen imperialistisch gezogener Grenzen.

Ein Kulturraum für alle Kulturen der mesopotamischen und arabischen wie persischen Geschichte und Tradition. Auf der Basis einer allgemeinen Partizipation an den Ressourcen, der solidarischen Nutzung von Wasser und Öl. Dies ist ein vernünftiges Ziel für den Nahen Osten - und es muß das Ziel sein, weil es alternativlos ist.

Gerade die kurdischen Zukunftsprojektionen haben sich seit langem mit dieser Vorstellung beschäftigt und keine andere Perspektive bejaht, für sich, für alle anderen. Das ist nicht das Ergebnis eines Krieges, der völkerrechtswidrig illegal war, blutig und zerstörerisch, und dessen Umstände dringend danach verlangen, die Anwendung von Gewalt in der Geschichte ausdrücklich zu begrenzen und anders besser zu legitimieren.

Dies wird aber das Ergebnis derjenigen sein, die diesem Ereignis nun ihren Stempel aufdrücken, um die Region nach menschlichem Maß zu gestalten, weil nun sie handeln und das erledigen, was Diktatur und Regimes ihnen früher zu tun versagt haben.

Was aber sind die USA? - Als Napoleon durch Europa zog, bewegte ihn dabei nicht das Motiv der demokratischen Staats-Reform - aber seine Aktion bedeutete schließlich das Ende der tribalistischen Kleinstaaterei.

Der Korse, wie die USA, beides schreckliche Akteure, - aber weil sie handelten, ereignete sich ein entscheidender Schub für die moderne und die bürgerliche Demokratie. Die wieder alt gewordenen Europäer sind dazu nicht imstande. Von ihnen ist wenig oder gar nichts zu erwarten. Es möchte sich lohnen, die Vereinigten Staaten darauf hinzuweisen, daß sie für ihre proklamierten Erneuerungen, neue Partner benötigen - und daß diese gerade auch in der Region zur Verfügung stehen.

Die jüngste Äußerung des Präsidialratsmitglieds von Kadek, Mustafa Karasu, in einen fairen Dialog mit den USA und (erstmal) auch mit Israel zu treten, bezeichnen eine neue und realistische Perspektive.

Die nicht-kurdische Population des Nahen Ostens hat kaum Freunde unter den Mächten des Nahen Ostens: in Israel könnte es welche finden.

Die kurdische Seite muß in manifestativer Deutlichkeit klarmachen, dass jede äußere Kraft willkommen ist, die bereit und willens ist, die Realität der Kurdinnen und Kurden in der Geschichte anzuerkennen.

Dies gilt es den Vereinigten Staaten klarzumachen, deren Gesellschaft und Öffentlichkeit kurdenfreundlicher ist als je zuvor. Das wird dennoch nicht leicht sein und bedarf größter Anstrengung und Überzeugungsarbeit.

Vor allem die Zurückweisung der finsternen Pläne der Türkei. Aber selbst die durchaus noch vorhandene Uneinsichtigkeit der USA sollte einen von diesem Ziel nicht abbringen. Es existiert keine realistische Alternative.

Selbstbestimmung und Demokratie

Interview mit Kenneth Pollack

von Cemal Ucar

Nachdem der Krieg im Irak zu Ende ist, was wird das nächste Ziel des Feldzuges sein?

Es ist klar, dass es in der Bush Administration Leute gibt, die gerne auch Syrien sehr hart anfassen würden, möglicherweise sogar einmarschieren. Ich glaube, sie begründen das mit Syriens Unterstützung für die Hisbollah und andere palästinensische Terrororganisationen, ebenso wie mit der Tatsache, dass Syrien eine brutale Diktatur ist wie der Irak.

Ich möchte hinzufügen, ob die USA eine Invasion in Syrien starten oder nicht, das ist eine sehr offene Frage. Mir schient allerdings, dass sehr gute Gründe dafür sprechen, dass die USA dies nicht tun werden. Ich glaube, das fällt in diesem Fall sehr viel schwerer zu begründen als im Fall des Irak, und aufgrund des Umfangs der Beteiligung im Irak wird es auch sehr schwierig werden, eine größere Operation gegen Syrien auf die Beine zu stellen.

Der Besuch von Außenminister Powell in Damaskus, könnte der nicht ein Hinweis auf eine Art Versöhnung sein?

Das ist sehr wohl möglich, man muss aber auch beachten, dass das, was Außenminister Powell in dieser Administration zu sagen hat, manchmal weniger ist, als es seine Position als Außenminister vermuten ließe. Noch eine Bemerkung dazu: Außenminister Powell ist nicht der einzige Entscheidungsträger in den Ver-

einigten Staaten und wir sollten nicht annehmen, dass jeder in der Administration notwendigerweise zustimmen wird, wenn Außenminister Powell etwas mit den Syriern aushandeln kann.

Die amerikanische Regierung ist sehr tief gespalten. Und sie ist in Bezug auf fast jede Frage gespalten, die Sie sich überhaupt vorstellen können. Und gerade jetzt die Spaltung zum Thema Syrien scheint sich so darzustellen, dass es Mitglieder der Regierung gibt, die einen Angriff auf Syrien wollen und andere, die dies absolut nicht wollen.

Wer sind denn die Falken in dieser Administration, die gegen Syrien weiterziehen wollen, es scheint Minister Rumsfeld gehört dazu?

Ja, obwohl ich nicht weiß, was Minister Rumsfeld denkt, es gibt sicherlich einige im Verteidigungsministerium, die so denken.

Im Vorfeld des Krieges haben wir gesehen, dass die Türkei nicht die notwendigen Maßnahmen ergriffen haben, die es den Amerikanern erlaubt hätten, eine zweite Front aufzubauen. Nach dem Krieg klang dann alles anders bei den Türken. Welche Haltung nimmt die Regierung in Bezug auf die Türkei jetzt ein oder ist man in dieser Frage auch gespalten.

Ich glaube, bezüglich der Türkei sind die Unterschiede viel geringer, da gibt es viel

mehr Übereinstimmung und die klare Erkenntnis in dieser Administration, dass die Türkei ein außerordentlich wichtiger Verbündeter ist. Sie muss daher alles tun, um die Beziehungen zu stärken während sie aber gleichzeitig erkennt, dass die türkischen Interessen im Irak nicht notwendigerweise mit den amerikanischen identisch sein müssen. Offensichtlich wollen die Vereinigten Staaten sicherstellen, dass der Türkei ihr Minimum an Sicherheitsbedürfnissen im Irak eingeräumt wird. Wir wollen aber selbstverständlich nicht einfach die Verwaltung des NachkriegsIrak oder die Gestaltung des zukünftigen Irak in die Hände der Türken legen.

Was bedeutet der Abzug der amerikanischen Streitkräfte vom Luftwaffenstützpunkt Incirlik gerade jetzt?

Dies trägt lediglich der Tatsache Rechnung, dass der Irak kein militärisches Problem mehr darstellt und es daher keinen Bedarf mehr gibt für "Operation Northern Watch".

Kann man sagen, dass sich die Lage für die Türkei geändert hat, dass wir jetzt nicht mehr die gleiche Situation haben wie nach dem Zweiten Weltkrieg oder während der Sechziger Jahre, als die Amerikaner diese Raketenkrise mit den Sowjets hatten?

Ja. Die militärische Bedrohung der Türkei ist während der letzten fünfzig Jahre weit zurückgegangen. Offensichtlich hat die Türkei aber immer noch einige Sicherheitsprobleme, wie die Instabilität des Kaukasus, die Jahrhunderte alte Fehde mit Griechenland, und offenkundig gibt es immer noch Probleme im Iran und in Syrien und anderswo, aber es gibt nicht mehr die militärische Bedrohung der Türkei, wie es sie während des kalten Krieges

gab.

Wird die Türkei in der Zukunft ein strategischer Punkt für die U.S. Regierung bleiben als Brücke zwischen Europa und Asien?

Ohne Frage. Die Türkei wurde so während der letzten zehn oder fünfzehn Jahre gesehen, und wohl auch noch länger. Denken Sie daran, dass die Türkei ursprünglich auch noch dem CENTO-Pakt angehörte. Für die USA war die Türkei niemals nur ein Teil Europas sondern immer auch ein wichtiger Teil des Mittleren Ostens.

Kommen wir zum Iran. Sehen Sie dort irgendwelche größeren Aufgaben für die amerikanische Außenpolitik in der unmittelbaren Zukunft, Probleme die die USA oder die Nachbarländer betreffen?

Iran wird wichtig sein bei einer ganzen Reihe von Fragen in dieser Region. Da ist zum Beispiel die Frage der Demokratisierung des Mittleren Ostens. Der Iran hat derzeit eigene Probleme mit seinem Prozess der Demokratisierung. Hier gab es ziemliche Rückschläge. Dann gibt es die Frage der Massenvernichtungswaffen und die Iraner scheinen entschlossen, Kernwaffen in die Hand zu bekommen. Das schafft ein Problem für die gesamte Region und produziert Proliferationsprobleme anderswo, die die USA verärgern und den Israelis wahrscheinlich Angst machen. Dann gibt es die Frage des Terrorismus, den die USA global mit höchster Priorität für sie auf die Agenda gesetzt haben. Der Iran ist einer der schlimmsten Unterstützer von Terrorismus in der ganzen Region. Und darüber hinaus stellt sich das Problem des Wiederaufbaus des Irak und dabei sind die Iraner fest entschlossen mitzureden, und auch das wird zu Zusammenstößen

zumindest mit den USA, aber vielleicht auch den Irakern, den Türken oder den Saudis oder anderen Ländern führen. Aus all diesen unterschiedlichen Gründen wird der Iran eine Spannungsquelle bleiben.

Eines der großen Probleme im Mittleren Osten, das sowohl den Iran als auch Irak, die Türkei und Syrien betrifft, ist die kurdische Frage. Die USA scheinen die Kurden im Nordirak zu unterstützen. Sehen Sie eine Möglichkeit, dass die USA vielleicht die kurdische Frage als Ganzes angehen werden?

Nein, ehrlich gesagt nicht. Im Augenblick gilt Washingtons Augenmerk hauptsächlich dem Irak als Staat. Die USA wollen sicher stellen, dass der Irak eine stabile und prosperierende Demokratie ist und ihre größte Sorge ist, dass die Kurden des Irak in einem geeinten Land integriert bleiben, dass ihre Rechte dort geschützt werden, und dass sie eine Stimme haben, die ihrem demografischen Gewicht entspricht.

Manche Leute vermuten, die kurdische Frage insgesamt werde als nächstes großes Problem auf die Tagesordnung im Mittleren Osten gesetzt.

Dem würde ich nicht zustimmen. Und ich glaube nicht, dass die U.S. Regierung die kurdische Frage als nächstes großes Problem auf ihrer Agenda betrachtet.

Ich glaube, dass die Vereinigten Staaten seit Jahrzehnten nicht genug getan haben für die Not der Kurden und ich würde es begrüßen, wenn die Vereinigten Staaten, das Schicksal der Kurden regelmäßig bei all diesen verschiedenen Regierungen ansprechen. Im Falle des Irak ist das sehr kritisch. Die USA werden Irak helfen, eine stabile Gesellschaft aufzubauen, in der die Kurden nicht länger

unterdrückt werden, wo sie ihre eigenen Hoffnungen realisieren können, wo sie Kurdisch sprechen können, wann sie wollen, und alle politischen Freiheiten genießen, die ihnen zustehen.

Zur Zeit versucht die türkische Regierung wieder im Nordirak Einfluss auszuüben, indem sie die turkmenische Karte und Differenzen zwischen ethnischen Gruppen ausspielt. Glauben Sie, das dies dem Prozess schaden wird?

Es ist keine Frage, dass Bereitschaft der Nachbarn Iraks auf Grund ihrer eigenen Ängste eines der größten Probleme im Irak sein könnte.

Es geht nicht nur um die Türken, die im Norden intervenieren, es gibt auch die Möglichkeit einer Intervention der Syrer, der Jordanier, der Saudis zugunsten der Sunniten oder des Iran zugunsten der Schiiten. Jede dieser Möglichkeiten würde die Lage komplizieren und es um so schwieriger machen die Art echter Demokratie aufzubauen, die allen Bürgern des Irak die Möglichkeit ließe, ihr Leben so zu leben, wie sie wollen.

Der türkische Außenminister Abdullah Gül war neulich in Damaskus.

Nach seiner Rückkehr sagte er der Presse, die Türkei, Iran und Syrien würden ihren Dialog fortsetzen. Dies wurde interpretiert als Koalition gegen angebliche kurdische Bestrebungen nach Autonomie oder Unabhängigkeit. Und den Wiederaufbau des Irak, wie er derzeit geplant wird.

Aus der Perspektive der Regierung der Vereinigten Staaten, glaube ich, dass die Bush-Regierung erkennt, dass für die Türken, aber auch für die Syrer und Iraner eine kurdische Unabhängigkeit im Nordirak eine rote Linie darstellt. Und ich glaube, dass die Vereinigten Staaten sehr

deutlich machen werden, dass sie dies in absehbarer Zukunft nicht erlauben werden, weil es eben eine rote Linie für die Türken wäre und weil es möglicherweise zur Auflösung des irakischen Staates führen könnte. Man versucht sehr deutlich zu machen, dass man die rote Linie der Türkei hinsichtlich der Kurden akzeptiert, aber keinesfalls einfach den Nordirak an die Türken übergeben oder der Türkei erlauben wird, den genauen Status und die Natur der kurdischen Gebiete im Irak vorzuschreiben. Die Kurden werden geschützt werden, und sie werden all die Freiheiten haben, die auch die anderen Iraker haben, und, solange sie nicht die Eigenstaatlichkeit erklären, sollte alles andere verhandelbar sein.

Was halten Sie von der anstehenden irakischen Interimsregierung?

Wird sie in der Lage sein die internen Probleme des Irak zu lösen? Was für ein System soll im Irak eingerichtet werden, was wird man dort erleben?

Ich weiß nicht, welches System wir dort sehen werden. Das einzige aber, das funktioniert, wäre eine echte Demokratie mit geografischer Repräsentation, mit einer Art Charta der Grundrechte wie wir sie haben, die allen Bürgern einen gewissen Schutz gewährt, mit allen Möglichkeiten gegenseitiger demokratischer Kontrolle, um sicherzustellen, dass jede Form der Herrschaft unabhängig von wem sie ausgeübt wird, Sunniten, Kurden oder schiitische Araber, keine Möglichkeit hat, irgendeine der anderen Gruppen im Lande zu unterdrücken.

Das ähnelt sehr den amerikanischen Plänen nach dem Zweiten Weltkrieg, den Plänen, die zum Wiederaufbau Deutschlands und anderer Länder gemacht wurden einschließlich einer Art Marshal-Plan. Meiner

Meinung nach scheint der Irak allerdings ein anderer Fall zu sein. Dort herrscht eine andere Mentalität, es ist ein islamisches Land, ein Land des Mittleren Ostens. Glauben Sie, dass solche Pläne dort funktionieren werden, dass also westliche Konzepte sich auf dieses Land anwenden lassen?

Ich glaube, wenn man ein System oder eine Regierung hätte, die vom Westen hineingebracht wird - und die Vereinten Nationen sind dafür viel besser geeignet als die Vereinigten Staaten - und sie es wachsen ließen unter der Aufsicht der UN, Fuß zu fassen im Irak über einen längeren Zeitraum, dann wäre das wohl möglich. Das ist sicherlich das, was in Deutschland und Japan geschehen ist. Gerade Japan war gewiss kein westliches Land. Was wir während der letzten fünfzig Jahre gesehen haben ist, dass ein demokratisches System auf jedem Boden wachsen kann. Die Türkei ist ein mehrheitlich muslimisches Land und hat doch eine funktionierende Demokratie. Auch Bangladesch ist ein Land mit einer funktionierenden Demokratie und es gibt viele andere Orte, von denen man behauptet hat, da werde die Demokratie nicht funktionieren. Und doch hat sie es getan. Es war niemals perfekt, es gibt keine Garantien, und es gibt ebenfalls Misserfolge, aber es gibt auch keinen Grund zu glauben, dass Demokratie a priori keinen Weg finden würde, im Irak Wurzeln zu schlagen.

Es gab vor und auch nach dem Krieg eine Menge Kritik seitens einiger europäischer Staaten daran, dass die USA ohne die Legitimation des Sicherheitsrates gehandelt hätten und damit dem UN System als Ganzem geschadet hätten.

Zunächst einmal glaube ich, dass die USA mit der Art ihrer Diplomatie vor dem Krieg den Sicherheitsrat klar geschwächt

haben. Ich würde nicht sagen, dass dies allein den USA zuzuschreiben sie. Obwohl die US-Diplomatie ausgesprochen bedauerlich und furchtbar war, glaube ich, dass die Position der Deutschen, Franzosen und Russen eigentlich eher dazu beigetragen haben, die Autorität des Sicherheitsrats zu schwächen, weil die Bush-Regierung zumindest die Grundlage von siebzehn Resolutionen des Welt sicherheitsrates hatte, die zeigten, dass sie legal handelte. Es gab bei vielen Ländern die Erkenntnis, dass die USA vollkommen legal und vernünftig handelten nach diesen Statuten.

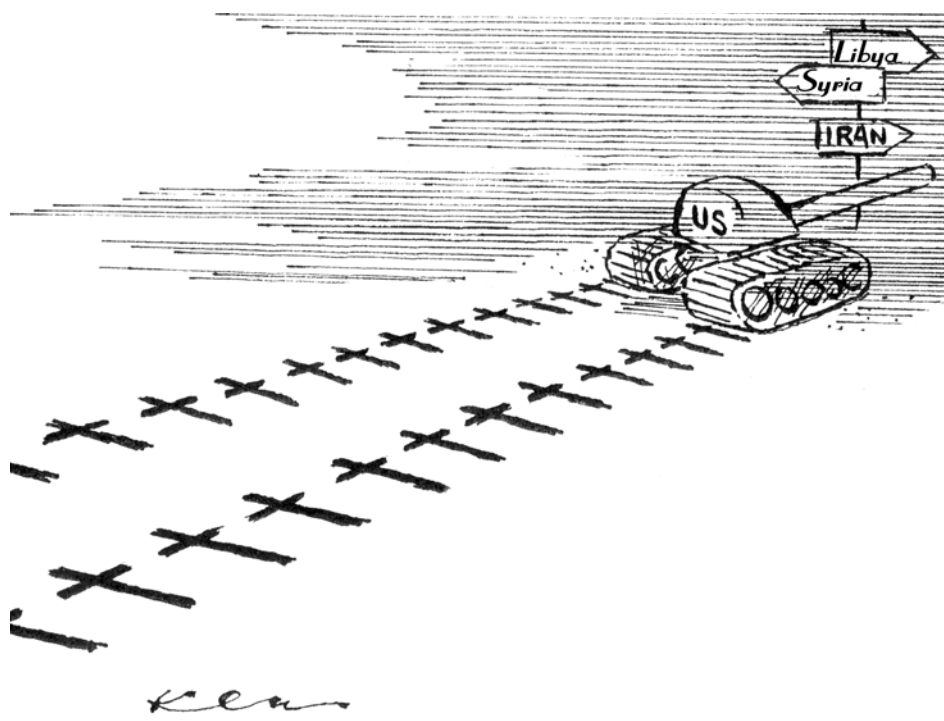
Es waren die Deutschen, Franzosen und Russen, die den Sicherheitsrat benutzten, um ihre eigenen politischen Interessen zum Tragen zu bringen. Es war also ebenso ihr Fehler wie unserer.

Zweitens, der Nachkriegs Irak bietet dem Sicherheitsrat die Gelegenheit seine Bedeutung zu demonstrieren und ich

hoffe, dass all diese Nationen ihre kleinen Streitereien beilegen und erkennen, dass es das Beste für den Irak und das irakische Volk, für die Vereinigten Staaten, die ganze Welt und auch die Vereinten Nationen ist, wenn sie sich einigen und erkennen, dass der Wiederaufbau des Irak ein internationales Projekt sein muss.

Kenneth M. Pollack ist Experte für den Mittleren Osten und Leiter der Forschung am Saban Zentrum für Mittelost-Politik des Brookings Instituts. Zuvor war er Militäranalytiker bei der CIA.

Er ist Autor verschiedener Bücher zum Thema Irak und Mittlerer Osten, u.a. *The Threatening Storm: The Case for Invading Iraq* (Random House) und *Arabs at War: Military Effectiveness* (University of Nebraska Press).



Fortsetzung von der ersten Seite

Alain Calles (Präsident des MRAP, Frankreich), **Renée le Migmot** (stellv. Generalsekretärin des MRAP, Frankreich), **Mag. Walter Baier** (Vorsitzender der Kommunistischen Partei Österreichs), **Gianna Nannini** (Künstlerin, Italien), **Geraldine Chaplin** (Schauspielerin, Madrid, Spanien), **Dietrich Kittner** (Satiriker, Schriftsteller, Kabarettist, Deutschland), **Jean-Jacques Kiryacharian** (Repräsentant des MRAP bei der UNO, Frankreich), **David MacDowall** (Schriftsteller, Großbritannien), **Alice Walker** (Schriftstellerin, USA), **Franca Rame** (Autorin, Regisseurin, Schauspielerin, Italien), **Chris Kutschera** (Schriftsteller, Frankreich), **Prof. Dr. Jean Ziegler** (Nationalrat und Publizist, Schweiz), **Dr. Diether Dehm** (ehem. Stellvertreter Vorsitzender der PDS, Deutschland), **Prof. Dr. Angela Davis** (University of California, Santa Cruz, USA), **Prof. Dr. Luigi Ferraioli** (Professor für Rechtsphilosophie, Italien), **Prof. Dr. Uwe Jens Heuer** (Professor für Rechtswissenschaften, Berlin, Deutschland), **Prof. Dr. Wolf-Dieter Narr** (Komitee für Grundrechte und Demokratie, Deutschland), **Prof. Dr. Werner Ruf** (Völkerrechtler, Universität Kassel, Deutschland), **Prof. Dr. Norman Paech** (Völkerrechtler, Hochschule für Wirtschaft und Politik Hamburg, Deutschland), **Prof. Dr. Gerhard Stuby** (Völkerrechtler, Universität Bremen, Deutschland), **Prof. Dr. h.c. Ronald Mönch** (Rektor der Hochschule Bremen, Deutschland), **Prof. Dr. Elmar Altvater** (Int. Lelio-Basso-Stiftung für die Rechte der Völker Deutschland), **Prof. Dr. Helmut Dahmer** (Professor für Soziologie, TU Darmstadt, Deutschland), **Prof. Jürgen Waller** (Rektor der Hochschule für Künste Bremen, Deutschland), **Hilarion Carpucci** (Erzbischof -syrisch-orthodox von Jerusalem), **Christine Blower** (ehem. Präsidentin der Lehrgewerkschaft (NUT), Großbritannien), **Ken Cameron** (Generalsekretär der Gewerkschaft der Feuerwehr - FBU-, Großbritannien), **Josep Lluís Carod Rouira** (Vorsitzender der Republikanischen Linkspartei von Katalonien, Spanien), **Michael Feeney** (Flüchtlingsberater von Kardinal Hume, Großbritannien), **Gareth Peirce** (Rechtsanwältin, Großbritannien), **Frances Webber** (Rechtsanwalt, Großbritannien), **Norbert Mattes** (Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten e.V., Deutschland), **Yayla Mönch-Buçak** (Universität Oldenburg), **Mamoud Osman** (Kurdischer Politiker, Großbritannien), **Dr. Jutta Bauer** (Buchillustratorin, Deutschland), **Rolf Becker** (Schauspieler, IG Medien, Deutschland), **Hans Branscheidt** (medico international / Appell von Hannover, Deutschland), **Dr. Rolf Gössner** (Rechtsanwalt, Publizist), **Günther Schwarberg** (Journalist, Deutschland), **Roland Ofteringer** (Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten e.V., Deutschland)